



Gewerkschaft der Polizei

Mecklenburg-Vorpommern

Gewerkschaft der Polizei • Gadebuscher Straße 125 • 19057 Schwerin

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Ausschuss für Inneres, Bau und Digitalisierung
Schloss Schwerin
Lennéstraße 1
19053 Schwerin

Landesbezirk
Mecklenburg-Vorpommern
Landesvorstand
Gadebuscher Straße 125
19057 Schwerin
Telefon: 0385 208418-0
Fax: 0385 208418-11
gdpmv@gdp.de
www.gdp.de/mv

15.10.2025
kl

Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern an den Innenausschuss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zur personellen und materiellen Lage der Landespolizei und den haushaltspolitischen Planungen 2026/2027

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Mucha,

als mit über 200.000 Mitgliedern größte Polizeigewerkschaft Deutschlands bedanken wir uns für die Möglichkeit einer Stellungnahme zur personellen und materiellen Lage der Landespolizei MV und den haushaltspolitischen Planungen 2026/2027.

Vorbemerkungen

Die Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern (GdP MV) begrüßt ausdrücklich, dass die Stärkung der Polizei in den haushaltspolitischen Zielen der Landesregierung genannt wird. Worte allein sichern jedoch keine Einsatzbereitschaft. Die Landespolizei braucht Verlässlichkeit – finanziell, personell und strukturell. Der vorliegende Haushaltsentwurf lässt an mehreren Stellen Zweifel aufkommen, ob Anspruch und Wirklichkeit im Gleichgewicht stehen.

Sollten die bestehenden Haushaltspläne umgesetzt werden, wird eine strukturelle Unterfinanzierung der Landespolizei die Folge sein. Das bedeutet, der Betrieb aktueller Systeme wird zukünftig nicht mehr sichergestellt. Fortentwicklung oder Innovationen wird es gar nicht geben können.

Wer heute spart, gefährdet die innere Sicherheit von morgen.

Zur Attraktivität des Dienstes in der Landespolizei

Das Land Mecklenburg-Vorpommern steht als Arbeitgeber und Dienstherr in direktem Wettbewerb um die besten Bewerberinnen und Bewerber mit anderen Ländern und dem Bund.

An dieser Stelle sei auch auf die direkte Konkurrenz im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern durch die Bundespolizei mit dem Ausbildungsstandort in Neustrelitz und dem Zoll mit dem modernen neugebauten Ausbildungsstandort in Rostock hingewiesen.

Die demographische Entwicklung verschärft diesen Wettbewerb zunehmend und macht es immer schwerer, ausreichend geeignetes Personal zu rekrutieren. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die damit verbundenen Attraktivitätsprogramme zur Förderung der Freiwilligkeit werden absehbar den Wettbewerb um geeignete Bewerberinnen und Bewerber für den Polizeidienst weiter verschärfen.

Die GdP hat gemeinsam mit dem DGB mehrfach auf die im Ländervergleich schwierige Besoldungssituation aufmerksam gemacht. Der DGB-Besoldungsreport 2025 hat Mecklenburg-Vorpommern einen Platz im unteren Mittelfeld zugewiesen. Betrachtet man beispielhaft die absolute Höhe der Besoldung ohne Berücksichtigung der wöchentlichen Arbeitszeit, so liegen in der Eingangsstufe der Besoldungsgruppe A7 insgesamt zehn Bundesländer vor Mecklenburg-Vorpommern – darunter auch alle norddeutschen Länder und Berlin. In der Endstufe der Besoldungsgruppe A7 sind es sogar 14 Länder, nur Brandenburg und das Saarland schneiden schlechter ab.

Wenn das Land im Wettbewerb um die besten Köpfe mithalten möchte, muss die Landesregierung in die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes investieren.

Im Bereich der Landespolizei besitzt der reine Vergleich der Besoldungsgruppen allerdings nur eine begrenzte Aussagekraft, bewerten andere Bundesländer doch den Dienst im Polizeibereich erkennbar höher. So ist beispielsweise in den direkten Nachbarländern Schleswig-Holstein und in Brandenburg das Einstiegsamt im mittleren Dienst der Landespolizei mit der Besoldungsgruppe A8 bewertet worden. Andere Länder, wie Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen, verzichten im Rahmen der zweigeteilten Laufbahn im Bereich der Polizei grundsätzlich auf Einstiegsämter unterhalb der Besoldungsgruppe A9.

Die GdP betont dieser Stelle, dass ein duales Studium die effizienteste und effektivste Form der Ausbildung für die Polizei ist. Die Bürgerinnen und Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern haben einen Anspruch darauf, dass das Personal der Polizei die bestmögliche Ausbildung erhält, um die schwierigen und verantwortungsvollen Aufgaben der Polizei zu erfüllen und die innere Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern zu gewährleisten. Ziel muss deshalb aus Sicht der GdP auch für Mecklenburg-Vorpommern die zweigeteilte Laufbahn sein.

Empfehlungen:

- Das kommende Tarifiergebnis für die Tarifbeschäftigten der Länder ist zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung und Versorgung zu übertragen.
- Dynamisierung aller Erschwerniszulagen nach der Erschwerniszulagenverordnung
- Einführung einer zweigeteilten Laufbahn mit dem Einstiegsamt A9 im Bereich der Landespolizei
- Neuregelung der sogenannten „systemnahen Berufszeiten“ und

- Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit von Stellenzulagen, insbesondere im Bereich der Polizei, der Berufsfeuerwehr, beim Verfassungsschutz und im Justizvollzug

Eine ausführliche Darstellung der einzelnen Empfehlungen würde den Rahmen der Stellungnahme und der Anhörung deutlich sprengen. Gerne steht die GdP für direkte Rückfragen zu den einzelnen Punkten zur Verfügung.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Wie bewerten Sie die personelle Lage im Bereich der Kriminalpolizei?

Die personelle Situation der Kriminalpolizei ist **angespannt bis kritisch**. Trotz punktueller Verstärkungen in den letzten Jahren bestehen insbesondere in den Bereichen **Cybercrime, Wirtschaftskriminalität, Staatsschutz und klassische Ermittlungsdienste** erhebliche Lücken zwischen Aufgabenvolumen und Personalstärke.

Zunehmende Komplexität, wachsende Berichtspflichten und Sonderaufgaben führen dazu, dass hochqualifizierte Ermittlerinnen und Ermittler mit Verwaltungsarbeit gebunden werden. Die Folge sind **Überlastung, lange Ermittlungszeiten und sinkende Aufklärungsquoten** – vor allem in anspruchsvollen Deliktfeldern.

Die GdP fordert eine langfristige Personalplanung, gezielte Aufstockung in den Spezialbereichen und die **Öffnung für qualifizierte Quereinsteiger**, insbesondere im IT-Bereich.

2. Gibt es innerhalb der Landespolizei eine Abteilung, die primär personell aufgestockt werden muss oder erstreckt sich der Bedarf auf alle Bereiche?

Der Personalbedarf erstreckt sich auf **alle Bereiche der Landespolizei**. Eine klare politische Prioritätensetzung fehlt. Während im ländlichen Raum die sichtbare Präsenz abnimmt, fehlen zugleich spezialisierte Kräfte zur Bekämpfung moderner Kriminalitätsformen.

Ein „Gießkannenprinzip“ hilft hier nicht weiter. Die GdP sieht **drei Schwerpunkte**, in denen zusätzliche Stellen die größte Wirkung entfalten würden:

1. **Sicherung der Mindestbesetzung im Streifendienst**, insbesondere im ländlichen Raum
2. **Ausbau von Cyber- und Wirtschaftsermittlungen**
3. **Stärkung von Reserven und Interventionseinheiten**, etwa der Bereitschaftspolizei oder Drohnenabwehr.

3. Wie bewerten Sie die technische Ausstattung der Ermittlungsbehörden (Kriminalpolizei und LKA)?

Die technische Ausstattung der Ermittlungsbehörden ist **teils veraltet und nicht flächendeckend ausreichend**. Moderne Analyse- und Forensiktechnik ist zwar punktuell vorhanden, erreicht aber nicht das notwendige Niveau, das insbesondere die digitale Ermittlungsarbeit heute erfordert.

Gerade in Zeiten digitaler Beweismittel, Massendatenauswertung (zum Beispiel nach Anschlägen) und internationaler Tatstrukturen darf Technik nicht der Flaschenhals sein. Wenn Systeme aus Sparzwängen nicht gepflegt oder Lizenzen nicht verlängert werden können, wird der Ermittlungsauftrag faktisch nicht umsetzbar.

Die GdP fordert regelmäßige Technik-Refresh-Zyklen, Investitionen in digitale Forensik, ausreichende Serverkapazitäten und einheitliche Ermittlungsplattformen.

4. Sehen Sie Möglichkeiten, die Landespolizei als Arbeitgeber attraktiver zu gestalten, um z. B. IT-Experten für die Landespolizei gewinnen zu können?

Um IT-Expertinnen und -Experten zu gewinnen, muss die Polizei **marktübliche und flexible Angebote** machen. Ohne konkurrenzfähige Vergütung, transparente Karrieremöglichkeiten und moderne Arbeitsbedingungen wird sich die Polizei dauerhaft im Wettbewerb um Fachkräfte nicht behaupten können.

Kurzfristig notwendig sind Einstiegsmodelle mit Zulagen, Qualifizierungsprogrammen und flexible Teilzeitoptionen.

Mittelfristig erforderlich sind neue Laufbahnmodelle, hybride Beschäftigungsformen (z. B. Tarif + Beamte) und Kooperationen mit Hochschulen und Ausbildungsstätten. Ein modernes, arbeitnehmerfreundliches Image setzt zudem **mehr Homeoffice, weniger Bürokratie und höhere Fortbildungsbudgets** voraus.

Auf die Ausführungen unter **Zur Attraktivität des Dienstes in der Landespolizei** wird an dieser Stelle hingewiesen.

5. Welche Bedeutung messen Sie dem Bereich Drohnenabwehrzentrum und generell der Erkennung und Abwehr von Drohnen im Aufgabenbereich der Polizei bei und welche Ausstattung halten Sie für notwendig?

Die Drohnenabwehr ist **ein sicherheitspolitisches Zukunftsthema**. Die bestehenden Strukturen im Land stecken in den Kinderschuhen und sind keinesfalls ein echtes Drohnenabwehrzentrum. Die Bedrohung wächst schneller als die Ausstattung.

Die GdP fordert ein **flächendeckend funktionsfähiges System** aus Sensorik, mobiler Abwehrtechnik, geschultem Personal und rechtlich abgesicherten Einsatzkonzepten. Eine enge Abstimmung mit anderen Bundesländern, dem Bund, der Bundeswehr und den Luftfahrtbehörden ist zwingend notwendig.

Eine echte Drohnenabwehr funktioniert nur mit **24/7-Verfügbarkeit**, schneller Reaktion und forensischer Nachbereitung – das muss haushalterisch abgebildet werden.

6. Halten Sie die im Haushaltsentwurf vorgesehenen Stellen für die Polizei für ausreichend, um den steigenden Anforderungen im Bereich Kriminalität, Prävention und Präsenz im ländlichen Raum gerecht zu werden?

Die im Haushaltsentwurf vorgesehenen Stellen reichen **nicht aus**, um den steigenden Anforderungen an Prävention, Kriminalitätsbekämpfung und Präsenz gerecht zu werden. Zwar steigen die Haushaltsmittel im Personalbereich, doch dies resultiert größtenteils aus Tarif- und Besoldungsanpassungen, nicht aus realer Verstärkung.

Die seit Jahren bereitgestellten Personalstellen können durch fehlenden politischen Willen nicht besetzt werden. Fehlendes Personal führt zu Dauerüberlastungen und Krankheit.

Mit Blick auf die absehbaren Pensionierungen droht absehbar ein **Substanzverlust**, wenn Nachwuchsgewinnungsmaßnahmen nicht verstärkt werden.

Wer heute spart, gefährdet die innere Sicherheit von morgen.

7. Wie bewerten Sie die geplanten Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung – reichen diese Ihrer Einschätzung nach aus, um die absehbaren Pensionierungswellen zu kompensieren?

Die bisherigen Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung sind **gut gemeint, aber nicht ausreichend wirksam**. Kleinere Werbekampagnen und Messeauftritte sind wichtig, ersetzen aber keine strukturellen Anreize.

Heutige Interessenten für den Polizeiberuf haben andere Erwartungen der Werbung als noch vor Jahren. Finanzielle Möglichkeiten für langfristige Werbekampagnen wie sie in anderen Ressorts üblich sind, wären auch für die Polizei wünschenswert. Der ZAED in Güstrow verfügt über hohe Kompetenz und breites wissenschaftliches und praktisches Erfahrungswissen im Bereich der Mitarbeitersuche im öffentlichen Dienst. Ohne finanzielle und personelle Kapazitäten kann dies aber nicht genutzt werden.

Die GdP fordert gezielte Programme für **Seiteneinsteiger, Spezialisten und IT-Fachkräfte**, eine Stärkung des Zentralen Auswahl- und Einstellungsdienstes (ZAED) und **bessere Ausbildungsbedingungen**. Junge Menschen müssen wieder das Gefühl bekommen, dass sich Polizeiarbeit lohnt – beruflich als auch gesellschaftlich.

8. Welche Risiken sehen Sie, falls die im Haushalt vorgesehenen Stellen nicht besetzt werden können, oder nicht ausreichen?

Bleiben Stellen unbesetzt, hat das **direkte Folgen für die innere Sicherheit**:

- längere Ermittlungszeiten
- geringere Aufklärungsquoten
- sinkende Präsenz im ländlichen Raum
- steigende Belastung der verbliebenen Kräfte
- Know-how-Verlust und Fluktuation

Die Folgen reichen über die Polizei hinaus: Vertrauensverlust in staatliches Handeln und gesellschaftliche Verunsicherung.

9. Ist die im Haushaltsentwurf vorgesehene finanzielle Ausstattung der Polizei im Verhältnis zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen in Mecklenburg-Vorpommern angemessen?

Die Polizei Mecklenburg-Vorpommern ist in nahezu allen Bereichen **unterfinanziert** – bei Ausrüstung, Digitalisierung und Liegenschaften. Fehlende Mittel bremsen Innovation, erhöhen Betriebskosten und gefährden Einsatzbereitschaft.

Notwendig sind **mehrfährige Investitionspläne** statt jährlichem Haushaltsaktionismus. Geld muss planbar und zweckgerichtet fließen, insbesondere in die Bereiche **Cyber, Forensik, Staatsschutz und Drohnenabwehr**.

Bereits jetzt berichten Fachleute, dass fast 80 bis 90 Prozent des Haushaltes durch bestehende Verträge, wiederkehrende Kosten (Einsätze, Benzin, usw.) fest gebunden sind. Die bestehenden Systeme werden auf Verschleiß gefahren. Unstrittig notwendige und/oder ungeplante Erneuerungen können nur zu Lasten anderer Systeme erfolgen.

Das bedeutet, Fortentwicklung oder gar Innovationen werden zukünftig nicht möglich sein.

Mecklenburg-Vorpommern wird – wenn die Mitglieder des Landtages keine andere haushaltspolitische Änderung herbeiführen– im Bereich der inneren Sicherheit nicht nur die rote, sondern die rot-rote Laterne haben.

10. In welchen Bereichen sehen Sie Unterfinanzierungen, z. B. bei Ausrüstung, Digitalisierung oder Liegenschaften?

Ankündigungen durch politische Entscheider müssen auch zeitnah umgesetzt werden. Alles andere verstört Vertrauen der Polizeibeschäftigten in die Politik.

Die Aus- und Fortbildung im Bereich Cyberkriminalität ist **nicht auf der Höhe der Zeit**. Die GdP fordert modulare, zertifizierte Programme, regelmäßige Trainings und enge Kooperation mit Hochschulen und Unternehmen.

Eine digitale Polizei braucht **digitale Lernwege** – und zwar dauerhaft, nicht projektbezogen.

Auf die Ausführungen unter **Zur Attraktivität des Dienstes in der Landespolizei** wird an dieser Stelle hingewiesen.

Im Bereich der Liegenschaften werden notwendige Sanierungen oder Neubauten von Jahr zu Jahr verschoben. Die GdP möchte an dieser Stelle insbesondere auf die Fachhochschule in Güstrow oder Liegenschaft in Schwerin Neumühle hinweisen. Schlechtbeispiel für nicht realisierte Versprechen ist der seit Jahren angekündigte verbesserte **Sonnenschutz im Polizeizentrum Anklam**.

Im Bereich der Ausstattung braucht es – auch aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten - zu lange, um bundesweite Standards auch in Mecklenburg-Vorpommern zu implementieren. Verwiesen sei an dieser Stelle an die Sanitätskonzepte, Medipacks, Drohnenabwehr, Teleskopschlagstöcke, CO-Warner, Smartphones und ähnliches.

11. Gibt es aus Ihrer Sicht Prioritäten, die im Haushaltsentwurf nicht hinreichend berücksichtigt wurden?

Ja - Cyber-Forensik, Personalstrategien, flächendeckende Präsenz oder auch die Künstliche Intelligenz werden nicht ausreichend berücksichtigt.

Moderne Bedrohungen erfordern aber klare Prioritäten und verlässliche langfristige Finanzierung.

12. Wie bewerten Sie die Aus- und Fortbildungsangebote im Bereich Cyberkriminalität?

Diese sind sehr ausbaufähig. Insbesondere die Schnelligkeit und die hohen Kosten bei Aus- und Fortbildung stellen die Polizei vor Herausforderungen.

Es gibt Fortbildungsangebote, Workshops und Kooperationen (z. B. mit IHK/Hochschulen); jedoch fehlen konzertierte, landesweite Qualifizierungsprogramme mit klaren Karrierewegen, Schnelleinstiegsangebote und ausreichende Ressourcen für Dauerfortbildung.

Notwendig wären in diesem Bereich Zertifizierte Cyber-Weiterbildungsstrecken, die Kooperation mit Hochschulen/Unternehmen sowie ein auskömmliches Budget für regelmäßige Trainings und Simulationen.

13. Halten Sie die geplanten Ausgaben für ausreichend zielgerichtet, um die Polizei zukunftsfähig aufzustellen, insbesondere im Hinblick auf Cyberkriminalität und Extremismusbekämpfung?

Nein. Bereits jetzt lässt sich die Arbeitsfähigkeit kaum sicherstellen.

Geplante und vorhandene Haushaltsmittel können ohne entsprechende Personal- und Technologieplanung nicht abgerufen werden.

Die GdP empfiehlt hier eine Bündelung von Mitteln in klaren Programmen wie zum Beispiel „Cyber-Offensive MV“ oder „Extremismus-Taskforce“ und diese jeweils mit Personal, Ausrüstung und messbaren Zielen zu versehen.

14. Welche strukturellen Reformen oder Umsteuerungen wären Ihrer Ansicht nach notwendig, damit die Polizei ihre Aufgaben effizienter erfüllen kann?

Die Polizei braucht mehr Flexibilität, klare Spezialisierung und weniger Verwaltungshürden. Der Sachverstand innerhalb der Polizei muss stärker genutzt werden, um Entscheidungen praxisnäher zu gestalten. Die Effektivität ließe sich zudem steigern, wenn weniger Projekte, dafür mit gezielten und klar messbaren Ergebnissen finanziert würden.

Konkret schlägt die GdP vor:

- Kritische Betrachtung und anschließende Reduzierung von Arbeitsgruppen, Projektgruppen und Pilotverfahren in der Polizei
- Verbesserung der Digitalisierung
- Einrichtung hybrider Stellen (Beamte + zivile IT-Experten)
- Beschleunigung der Einstellungsverfahren
- Zentralisierung technischer Dienste,
- interdisziplinäre Ermittlungszentren und bessere Vernetzung (Cyber + Kripo + StA)
- flexible Haushaltsmittel („Sondervermögen Polizei“)

15. Sehen Sie Möglichkeiten durch eine bessere Schwerpunktsetzung im Haushalt mehr Wirkung mit vorhandenen Mitteln zu erzielen?

Ja.

Die Politik bestimmt die Schwerpunktsetzung und damit die Möglichkeiten der Mittelsteuerung. Mit anderen Worten: Was möchten die heutigen und zukünftigen Politikerinnen und Politiker des Landtages?

Ist zum Beispiel die Präsenz in der Fläche noch ein Schwerpunktthema oder wird dieses zu Gunsten von Onlinewachen und ähnlichem aufgegeben?

Durch Beschäftigte der Landespolizei kann nicht sicher wahrgenommen werden, was die Schwerpunkte sind, die die Landtagsabgeordneten - als Teil der Legislative – beschlossen haben und durch den Innenminister – als Teil der Exekutive - umgesetzt werden sollen.

Abschlussbemerkungen

Die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern steht vor einer **dreifachen Herausforderung**: Personal sichern, Technik modernisieren und Organisation an die Realität der Bedrohungslage anpassen

Die Mitglieder des Landtages Mecklenburg-Vorpommern bestimmen mit ihrer Entscheidung zum Haushalt, wo sie finanzielle Schwerpunkte sehen und wo nicht.

Aus Sicht der GdP sind Haushaltsmittel grundsätzlich vorhanden – nur **nicht dort, wo sie gebraucht werden**.

Ohne klare politische Prioritäten (Cyber, Drohnenabwehr, Präsenz im ländlichen Raum) und ohne mutige Personal- und Beschaffungsmodelle drohen reale Sicherheitslücken.

Die GdP appelliert an den Landtag, die Polizei nicht nur als Kostenfaktor, sondern als **Grundpfeiler der inneren Sicherheit und Demokratie** zu begreifen.

Investitionen in die Polizei sind Investitionen in Vertrauen, Stabilität und Zukunftssicherheit unseres Landes.

Die Gewerkschaft der Polizei bittet um Berücksichtigung ihrer Anregungen und Hinweise.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Schumacher
Landesvorsitzender